

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Dezember 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Polen um die Jahreswende	1
2) GOMULKA über Ost-West-Gespräche	6
3) Polnischer Innenminister fordert mehr Wachsamkeit	6
4) Jahrestag der Moskauer Parteiberatung	8
5) Probleme des Parteiaktives	8
6) Dezentralisierung - eine Chance	11
II. <u>Wirtschaft</u>	13
1) Staatshaushalt	13
2) Unbefriedigende Zusammenarbeit	14
III. <u>Varia</u>	17
1) Kritik - gesetzlich geschützt	17
2) Einsicht	18

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. Politische Ereignisse

+))

Folgender Situationsbericht ging uns aus polnischer Quelle zu:

1) Polen um die Jahreswende

Das vergangene Jahr, das eine besorgniserregende Verschärfung der internationalen Lage brachte, war in der innenpolitischen Entwicklung Polens nicht aufsehenerregend. Im Oktober 1961 hätte das GOMULKA-Regime den 5. Jahrestag seines Bestehens begehen können. Indes wurde dieses Datum nicht aus dem Alltag herausgehoben, man nahm Abstand von festlichen Veranstaltungen und Begrüßungsartikeln. Dies geschah auf Wunsch des Parteichefs, der aus politischer Umsicht eine lautstarke Erinnerung an den Oktoberumschwung nicht für opportun hielt.

Aber dennoch, die Zeiten haben sich gründlich verändert. Von dem Chaos, das vor 5 Jahren auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Polen herrschte, ist fast nichts übrig geblieben. Das Regime kann sich mit vollem Recht als stabilisiert betrachten.

Die Bevölkerung weiß heute, daß sie unter den gegebenen Umständen, in einem Polen, das Mitglied des Ostblocks ist, nichts Besseres erwarten kann, zumindest heute nicht. In der Haltung der Bevölkerung gegenüber dem GOMULKA-Regime gibt es keine Spur von Begeisterung, aber GOMULKA kann auf etwas mehr als nur leicht verfliegende Sympathien rechnen. Die Polen sehen ein: Solange dieser Teil der Welt, zu dem sie politisch gehören, kommunistisch regiert wird, ist eine Regierung mit GOMULKA an der Spitze die bestmögliche Lösung. Unter BIERUT fühlte sich Polen wie unter einer fremden Besatzung, mit GOMULKA verbindet sie schon eine Art Schicksalsgemeinschaft.

Aber GOMULKA regiert Polen nicht allein. Unter seinen nächsten Mitarbeitern und im ganzen Partei- und Verwaltungsapparat sind viele derjenigen, die sich in der stalinistischen Ära keinen guten Namen machten und darum von den meisten Polen abgelehnt werden. Die Stabilität des Regimes ist also relativ, sie würde die Probe freier Wahlen niemals durchstehen.

Die im April 1961 durchgeführten Sejm-Wahlen können nicht als Testprobe betrachtet werden, weil sie keine echten Wahlen im parlamentarischen Sinne waren. Bemerkenswert war an ihnen, daß die höchsten Vertreter des Regimes mit wenigen Ausnahmen in ihren Bezirken weniger Wählerstimmen bekamen, als andere, nicht so prominente Kandidaten.

+) Dieser Hinweis bezieht sich auf Punkt 1)

Und trotzdem kann man mit Sicherheit behaupten, daß das GOMULKA-Regime me-
Unterstützung aus der Bevölkerung erhält, als irgendeine andere kommunisti-
sche Satellitenregierung in Europa.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Situation Polens unvergleichlich besser
als vor 5 Jahren, als der Zusammenbruch der stalinistischen Wirtschafts-
methoden fast chaotische Zustände hervorgerufen hätte. Polen hat heute eine
eigene, wenn auch kommunistische Wirtschaftspolitik, sie entspricht viel
mehr den polnischen Möglichkeiten und Interessen. Das macht sich besonders
auf dem Gebiete der Landwirtschaft bemerkbar. Die Erfolge einer im allge-
meinen vernünftigen Wirtschaftspolitik sind nicht ausgeblieben, und wenn
die Ergebnisse nicht noch besser sind, so liegt die Schuld nur zum Teil an
den Regierenden. Eine spezifische Einstellung der breiten Masse, von deren
Rückständigkeit oft gesprochen wird, macht größere Fortschritte auf wirt-
schaftlichem Gebiete kaum möglich.

Der Moskauer Parteitag brachte nicht die erhoffte Auflockerung des kultur-
rellen Lebens. Eine sehr interessante, zum Teil aufsehenerregende Diskussion
über die Freiheit der Wissenschaft, die in den vergangenen Wochen in Polen
geführt wurde, ist inzwischen auf Anweisung der Partei verstummt. In einge-
weihten Kreisen spricht man davon, daß in der Diskussion "eine Pause gemacht
wurde; man gibt also damit zu verstehen, daß sie eines Tages wieder aufge-
nommen wird. Übrigens blieb die Diskussion fast ausschliesslich auf die
literarischen Wochenzeitschriften beschränkt und damit dem breiten Publikum
so gut wie unbekannt. Eine offene Diskussion über die Grenzen der Freiheit
der Literatur und Kunst hat in Polen nach dem XXII. Parteitag der KPdSU
nicht stattgefunden und wird auch nicht erwartet. Nach GOMULKAs Auffassung
genießen die Kulturschaffenden in Polen ausreichende Freiheiten, eine Er-
weiterung der jetzigen Grenzen dieser Freiheit würde Polen von anderen so-
zialistischen Ländern entfernen und zu Differenzen führen. Im Oktober stellt
GOMULKA dem Chefredakteur von "Le Monde" in Aussicht, daß die demokratischen
Freiheiten in Polen auf allen Gebieten weiter ausgebaut werden sollen.
GOMULKA will aber keinen Alleingang in dieser Richtung mehr machen und
strebt danach, diese Entwicklung synchron mit anderen kommunistischen Staaten
durchzuführen.

In der Partei ist die Situation schon seit langer Zeit stabil. GOMULKA ist der unbestrittene Chef der Partei, er hat keine ernst zu nehmenden Rivalen und keine ernst zu nehmende Opposition. Langsam verläuft der Prozeß der Verjüngung der Kader, was mit fortschreitender Entstalinisierung des Apparates gleichbedeutend ist. Eine Säuberung der Partei von korrupten Elementen ist GOMULKA trotz vieler Bemühungen nicht gelungen. Die Korruption hat in Polen sehr breite Formen angenommen, sie erstreckte sich auf den Staatsapparat, auf die Lokalbehörden und auf weite Teile der Bevölkerung. Die Cliquenwirtschaft und zahllose Wirtschaftsvergehen (zum Teil auch wirkliche Wirtschaftsverbrechen) gehören zu den schwierigsten Problemen nicht nur der Partei, sondern der gesamten Gesellschaft. Sie zählen zu den Hauptgründen, warum eine Festigung und schnellere Entwicklung der Wirtschaft in Polen bisher nicht möglich war.

Den einzigen wirklichen Machtfaktor, neben dem kommunistischen Regime, bildet in Polen die katholische Kirche. Die Beziehungen zwischen Kirche und Partei haben sich im Laufe des vergangenen Jahres weiter verschlechtert. Solche Fragen wie Religionsunterricht in den Schulen, Geburtenkontrolle, Zahl und Einfluß der katholischen Abgeordneten im Sejm wurden von den regierenden Kommunisten in einer Weise geregelt, die von dem Episkopat als unannehmbar oder als unbefriedigend empfunden wurde. Die Beschuldigungen wurden beiderseits in scharfer Form vorgebracht, zu einem offenen Bruch kam es allerdings nicht und wird es auch kaum kommen. Beide Seiten sind aufeinander angewiesen die Kirche muß sich mit der Tatsache abfinden, daß sie in einem kommunistischen Staate existieren und die Interessen der Millionen von Gläubigen vertreten muß; das Regime weiß, daß es eine Unterstützung der Kirche in vielen Situationen gebrauchen kann. Dort, wo es um nationale Interessen Polens geht wird diese Unterstützung auch nicht verweigert. Zwischen Kirche und Partei bildete sich eine Form der Koexistenz, die nicht immer als friedlich zu bezeichnen ist, die sich aber von einer offenen Feindschaft ebenso unterscheidet.

Der relativ ruhigen inneren Entwicklung in Polen entsprach die Entwicklung der internationalen Lage nicht. Besonders die Ereignisse der zweiten Jahreshälfte fanden in Polen ein starkes Echo. Es handelt sich hier vorwiegend um die plötzliche Verschärfung der Weltlage durch die Errichtung der Mauer in Berlin und um die Nachwirkungen des Moskauer Parteitages der KPdSU .

Das vergangene Jahr begann mit den Spekulationen über die Möglichkeiten einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. Polen wünschte die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, stellte jedoch erstmalig als Bedingung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als seine westliche Grenze durch die Bundesrepublik. In den vorhergehenden Jahren hatte Warschau ausdrücklich davon Abstand genommen, ein Junktim zwischen den beiden Fragen herzustellen. Inzwischen kam man in Warschau zu der Überzeugung, daß in der heutigen Lage eine separative Lösung der polnisch-deutschen Fragen nicht mehr möglich sei, daß sie nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung der deutschenn Probleme zwischen Ost und West erfolgen könne.

Polen beteiligte sich, wenn auch zögernd, an der CHRUSCHTSCHOWschen Berlin-Kampagne und erlebte nach der Zuspitzung der Lage im August mehrere Wochen der Kriegspanik. Inzwischen ist sie wieder abgeklungen, die Nervosität ist aber geblieben, man verfolgt die Entwicklung der Weltlage sehr aufmerksam, die Stimmung in den Massen ist keineswegs optimistisch. Der Mann der Straße lehnt durchweg die sowjetische Politik ab, die er als abenteuerlich und für den Frieden gefährlich empfindet. Dem GOMULKA-Regime nimmt man übel, daß es die aggressive Politik der Sowjets unterstützt. Bei jeder weiteren Verschärfung der internationalen Lage müssen die Kommunisten in Polen damit rechnen daß die ablehnende Stimmung der Massen gefährliche Formen annimmt. Dieser Gedanke beunruhigt die Regierenden in Polen heute und es konnte nicht ausbleiben, daß man sich auch in Parteikreisen Gedanken darüber macht, ob die Politik der Sowjets nicht zu viele Gefahrenquellen in sich birgt.

Die Führung in Warschau ist weiter sehr beunruhigt über die Vertiefung der Kluft zwischen den chinesischen und sowjetischen Kommunisten. Man glaubt in Warschau, daß CHRUSCHTSCHOW durch seine Ungeschicklichkeit und Unbeherrschtheit die Lage noch verschlechtert habe. Ein Beispiel dafür ist nach Ansicht der polnischen Kommunisten die Entwicklung der sowjetisch-albanischen Beziehungen. CHRUSCHTSCHOW habe sich im Falle Albaniens selbst in eine Lage gebracht, aus der es keinen Ausweg gebe, was gewisse Taktiken der chinesische Genossen erleichtere.

Soweit als möglich versucht GOMULKA sich aus dem Streit der großen herauszuhalten. Das tat er schon vom ersten Augenblick an, als die Differenzen zwischen Moskau und Peking offenbar wurden. Sollten diese Differenzen zu

- 2 -

offen Bruch führen, so wird Polens Platz an der Seite CHRUSCHTSCHOWs sein, darüber gibt es keinen Zweifel. Man hofft aber in Warschau, daß CHRUSCHTSCHOW eine Chance hat, ein chinesisches Einlenken zu erreichen. China ist nach Ansicht Warschaus nicht stark genug, um sich gegenwärtig einen offenen Bruch mit Moskau leisten zu können. Ob die Sache aber auf die Dauer gut gehen kann, bezweifelt man in Warschau.

Der jetzige Konflikt im kommunistischen Lager wird von Warschau darum als besonders gefährlich betrachtet, weil er die Bewegungsfreiheit CHRUSCHTSCHOW beschränkt und die Politik der Koexistenz in Frage stellt. Die These von der friedlichen Koexistenz wird aber nirgends im kommunistischen Lager so eifrig und so aufrichtig wie in Warschau vertreten.

CHRUSCHTSCHOW wird von polnischen Kommunisten in mancher Hinsicht (wie z.B. in der albanischen Frage) kritisiert, aber diese Kritik wird niemals an GOMULKA herangebracht. Es ist bekannt, daß GOMULKA in allen Fragen seiner persönlichen Beziehungen zu CHRUSCHTSCHOW überaus empfindlich ist, und daß er sehr große Gereiztheit zeigt, wenn er auf etwas stößt, was nach seiner Meinung dem guten Verhältnis zu CHRUSCHTSCHOW schaden könnte. Durch diesen Umstand kam es neulich zu einem aufsehenerregenden Vorfall in Warschau. Ein Journalist, Henryk HOLLAND, wurde beschuldigt, einem Ausländer Einzelheiten über Gespräche erzählt zu haben, die CHRUSCHTSCHOW mit den Mitgliedern der polnischen Delegation beim Moskauer Parteitag hatte. Diese Beschuldigung wurde über Ostberlin lanciert, wo der SSD den Provokateur GROMNICA zu solchen Aussagen anstiftete, um auf diese Weise den als ULBRICHT-feindlich und liberal geltenden HOLLAND zu beseitigen. HOLLAND wurde auf Befehl GOMULKAs verhaftet und einem scharfen Verhör unterzogen, obwohl man im Verlaufe eines wichtigen Staats- oder Parteigeheimnisses nicht nachweisen konnte. Er verlor die Nerven und beging Selbstmord. Der Fall erregte großes Aufsehen, besonders in journalistischen Kreisen Warschaus. Ein Mensch wurde in den Tod getrieben, weil GOMULKA vor dem Gedanken erschrak, CHRUSCHTSCHOW könnte Polen verdächtigen, die Sowjets zu hintergehen.

Der tragische Fall HOLLAND illustriert deutlich die Tatsache, daß GOMULKA sich mit CHRUSCHTSCHOW auf Biegen und Brechen verbunden fühlt, und daß die von ihm geführte Partei die CHRUSCHTSCHOWsche Linie hundertprozentig unterstützt. In den Reihen dieser Partei hört man aber auch Stimmen, daß eine

solche, von GOMULKA übertriebene Schicksalsgemeinschaft der polnischen Politik allein mit der Person CHRUSCHTSCHOWS unter Umständen nicht zu unterschätzende Gefahren in sich birgt.

2) GOMULKA über die Aussichten der Ost-West-Gespräche

Am 2. Dezember, aus Anlaß des Barbara-Festes der Bergleute, hielt der Parteichef GOMULKA die traditionelle Ansprache vor den Kumpels des polnischen Kohlereviers in Kattowitz. Die Rede des I. Sekretärs war diesmal nicht nur den Problemen der Kohleförderung gewidmet, die nur am Rande behandelt wurde. Fast zwei Drittel seiner Rede verwendete GOMULKA darauf, noch einmal seine Haltung zur deutschen und berliner Frage darzulegen.

Die kommunistischen Staaten, so sagte er, hätten darauf verzichtet, die deutsche Frage noch im Jahre 1961 endgültig zu regeln, weil die Westmächte eine gewisse Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen zeigten. Die Haltung dieser Mächte - meinte GOMULKA - sei aber nicht klar, und die Befürchtung liege nahe, daß sie unter dem Druck der Bundesregierung nur auf Zeigegewinn abzielten.

"Dies würde selbstverständlich zu einer erneuten Verschärfung der Lage führen. Die sozialistischen Länder sähen sich dann gezwungen, ihre ursprüngliche Haltung wieder einzunehmen, d.h. das Problem des westlichen Zuganges nach Westberlin unmittelbaren Verhandlungen der Westmächte mit der DDR zu überlassen. Die nächsten Wochen müssen eine Klärung der Situation bringen. Sicher ist nur, daß die westdeutschen Militaristen nicht die Absicht haben, auf ihre Politik der Unterminierung des Friedens in Europa und in der Welt zu verzichten."

3) Polnischer Innenminister fordert mehr Wachsamkeit

Wladyslaw WICHA, der polnische Innenminister, berichtete am 6. Dezember vor dem Ausschuß des Sejms über die Arbeit seines Ressorts im vergangenen Jahre U.a. sagte WICHA:

"Die Aktivität der uns feindlich eingestellten ausländischen Zentren hat nicht nachgelassen. Dauernd versuchen sie, Spione einzuschleusen, die feindliche Aktivität der revisionistischen Elemente zu organisieren und andere schädliche Aktionen fortzusetzen..."

...Wir beobachten eine besondere Aktivität des westdeutschen Nachrichtendienstes, dessen Agenten den größten Prozentsatz unter den Verhafteten ausmachen. Die feindlichen Spionagedienste nutzen jede Gelegenheit aus, die eine nicht ausreichende Sicherung der Staats- und Dienstgeheimnisse in manchen Betrieben und Institutionen ihnen bieten.

Sie machen sich den Leichtsinns und die Unbekümmertheit mancher Beamten oder Funktionäre des staatlichen oder wirtschaftlichen Apparates, mancher Journalisten, Spezialisten usw. und auch gewöhnliche Geschwätzigkeit zunutze...

Diesem Problem mußte darum besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es wurden Vorschriften ausgearbeitet, die eine Einhaltung der Staats- und Dienstgeheimnisse gewährleisten sollen, man hat auf diesem Gebiete Kontrollen durchgeführt und in einzelnen Fällen auch rechtliche Konsequenzen gezogen."

Diese Äußerungen WICHAS sind nicht dadurch bemerkenswert, daß sie ein Minister machte, WICHA gehört nicht zu den einflußreichen Männern der polnischen Regierung. Von Interesse sind vielmehr die Hintergründe dieser gesteigerten "Wachsamkeit" der offiziellen Stellen.

Seit langem sprach man im Ostblock davon, daß Polen die "undichteste Stelle im ganzen kommunistischen Lager sei. In GOMULKA nicht wohlgesonnenen Kreisen bezeichnete man Polen der Indiskretion und Geschwätzigkeit. Diese Anschuldigungen, die nicht etwa nur das "Fußvolk" betrafen, sondern auch höhere Staats- und Parteifunktionäre, wurden besonders von chinesischen und albanischen Kommunisten erhoben. Aber auch aus den Kreisen um ULBRICHT und aus anderen Satellitenstaaten hörte man ähnliche Vorwürfe. Sie wurden nur selten den Polen selbst, vielmehr meistens den Sowjets vorgetragen. Die Sowjets intervenierten auch wiederholt bei der polnischen Parteileitung. Dies erklärt auch die Empfindlichkeit, mit der GOMULKA im Fall Henryk HOLLAI reagierte.

4) Jahrestag der internationalen Moskauer Parteiberatung

Zum ersten Jahrestag der internationalen Parteiberatung schreibt die parteiamtliche "Trybuna Ludu" (am 7. Dezember 1961) u. a. folgendes:

"Die Erklärung... kodifizierte die Prinzipien, nach denen sich die kommunistischen und Arbeiterparteien in gegenseitigen Beziehungen zu richten haben.

Diese Parteien sind unabhängig und gleichberechtigt. Jede Partei trägt volle Verantwortung für ihr Land... Es gibt keine Zentren und es darf auch keine geben, die die Arbeit der einzelnen Parteien leiten. Diese Parteien halten es dagegen freiwillig und bewußt für notwendig, ihre Arbeit durch Konsultationen nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu koordinieren....

Diese Prinzipien ... werden von der Führung der albanischen Arbeiterpartei nicht anerkannt..."

Von polnischer Seite wird bei dieser Gelegenheit der Grundsatz der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Parteien sehr stark hervorgehoben. Dies geschieht schon seit dem Jahre 1957 immer wieder. In der letzten Zeit fällt der besondere Eifer auf, mit dem GOMULKA sich gegen jede Form von "Zentrismus" (auch des Polizentrismus der KP Italiens) ausspricht.

5) Probleme des Parteiaktivs

Gleich in zwei Artikeln klagt "Trybuna Ludu" (am 13. und 16. Dezember) über die unbefriedigende Lage des Parteiaktivs. Die erste Feststellung lautet, daß das Parteiaktiv nicht umfangreich genug ist. Die Aktivisten machen nicht mehr als 14-16 % der Mitglieder aus. Das wäre ohnehin zu wenig, es kommt aber noch hinzu, daß viele dieser Leute eigentlich gar keine Parteiaktivisten seien.

"Die Mehrzahl von ihnen wird auf Grund der von ihnen bekleideten beruflichen Funktionen zum Aktiv gezählt, was oft nicht mit Aktivität in der Partei gleichbedeutend ist."

Als Folge werde eine kleine Gruppe des eigentlichen Parteiaktivs mit Aufgaben und Funktionen überlastet. Das geschehe nicht nur deswegen, weil es so wenig wirklich aktive Mitglieder gebe, sondern auch deswegen, weil die Verteilung der Arbeit aufgrund des Zufälligkeitsprinzips geschehe.

So komme es oft vor, daß ein Teil des Parteiaktivs zeitweise unaktiv sei. Es gebe unter diesen "Aktivisten" solche, die ein Jahr lang und noch länger keine Parteiarbeit zugewiesen bekämen...

Aus dieser Lage versucht die Partei sich dadurch zu retten, daß sie die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre vergrößert. Die niedrigeren Parteiinstanzen bestürmen die höheren schon seit langem mit ihren Wünschen nach mehr bezahlten Planstellen.

Eine weitere Frage, mit der sich das Blatt beschäftigt gilt dem Personenkreis, der zu diesem "Aktiv" gehört, das z.T. keines ist. Hier kommt es zu der betrüblichen Feststellung, daß die größte Gruppe des Parteiaktivs als sogen. "institutionelles Aktiv" zu bezeichnen wäre, d.h., es besteht aus solchen Personen, die hauptamtlich leitende Funktionen in der Partei ausüben.

"Trybuna Ludu" meint, die Tatsache, daß zum Parteiaktiv hauptamtliche Funktionäre gehören, sei an sich nicht tadelnswert. Es handele sich nur um die Proportionen. Diese seien nicht normal. In den Betriebsorganisationen bestehe das Aktiv oft zu 60 % aus leitenden Funktionären und nur zu 40 % aus Mitgliedern, die ehrenamtlich neben ihrem Beruf Parteiarbeit leisten. Es ist also eine Armee, in der die Offiziere in der Mehrzahl sind.

So sieht es mit den Aktiven der Grundorganisationen aus. Auf Kreisebene sind die Proportionen noch ungünstiger. Die Hauptamtlichen demonstrieren noch stärker.

In der Folge entstehe die gefährliche Tendenz, daß sich das Parteiaktiv oft mit dem Partei- und Staatsapparat identisch fühle. Noch schlimmer sei, daß das von hohen Funktionären durchsetzte Parteiaktiv sich eine Betrachtungsweise angewöhnt habe, die man als "Betrachtung von oben" bezeichnen müßte. Daraus resultiere die Neigung zur Bekämpfung der von unten kommenden Kritik zur Schönfärberei usw.

Die Meinung und Kritik der Massen der Parteimitglieder wird also von dem "Aktiv" erst gefiltert und dadurch entstellt. Das ist besonders verhängnisvoll wenn man bedenkt, daß gerade das Parteiaktiv dazu berufen sein soll, die Meinung der Parteimassen gegenüber der Leitung zu vertreten. So aber sei "die Objektivität der von unten nach oben strömenden Informationen"

nicht gewährleistet.

Auch die "einfachen Soldaten" des Parteiaktivs würden von den "Offizieren" von diesem besonderen Standpunkt aus rekrutiert. Das Kriterium sei, in welchem Grade sie bereit wären, Befehle zu empfangen und sie auszuführen. In vielen Parteinstanzen dominiere immer noch die Praxis der "Einwirkung von oben nach unten, aber es gibt keinen umgekehrten Weg.

In dieser Situation könne man von einer Verbindung der Aktivisten mit den Massen der Parteimitglieder kaum reden. Männer, die unter den Parteimitgliedern Autorität und Achtung genossen, sind unter Parteiaktivisten selten.

Es habe sich eine Praxis herausgebildet, daß die Parteiexekutive einen Beschluß fasse und dann dem Parteiaktiv befehle, diesen "nach unten zu transmissionieren." Das Aktiv müsse jedoch über Empfehlungen der Exekutivberatern und beschliessen. Stattdessen rufe man es nur zu einem Befehlsempfang zusammen.

Aus allen diesen Ausführungen geht hervor, daß der Stil der Arbeit des Parteiaktivs seit der stalinistischen Zeit sich kaum verändert hat. Der alte Geist spukt noch immer in den niedrigeren und mittleren Parteinstanzen.

Dieser Arbeitsstil müsse - nach "Trybuna Ludu" - gründlich geändert werden.

"Die Massender Parteimitglieder sind nicht nur Gegenstand der erzieherischen Arbeit der Parteinstanzen, sie sollen selbst als Erzieher aktiv werden. Unentbehrlich ist hier eine gegenseitige Entwicklung zwischen den Massen und den Parteinstanzen."

Das Parteiaktiv solle nicht ausführendes Organ sein, sondern ein Vermittler, der nicht nur von oben nach unten transmissioniere, sondern auch in umgekehrter Richtung. Vor allem müssten die Parteinstanzen begreifen, daß die Reihenfolge: "Beschluß - Diskussion" falsch sei und umgekehrt werden müsse.

6) Dezentralisierung - eine Chance

Neben der "Vereinigten Arbeiterpartei" gibt es im kommunistischen Polen noch zwei Satellitenparteien: Die "Bauernpartei" und die "Demokratische Partei". Während die zweite eigentlich nur eine Fiktion ist, besitzt die erste einen reellen, wenn auch nicht allzugroßen Einfluß auf dem Lande, wo trotz aller Nachkriegsumschichtungen immer noch die Hälfte der polnischen Bevölkerung lebt.

Bauernparteien spielten im Vorkriegspolen eine wichtige Rolle, aus ihren Reihen kamen Ministerpräsidenten und Parlamentsvorsitzende. Auch unter der PILSUDSKI-Diktatur haben sie ihren Einfluß auf die Bauern nicht eingebüßt. Die stärkste unter ihnen ("Piast") vertrat eine gemässigte Richtung, andere (z.B. "Wyzwolenie" waren radikal und z.T. von den Kommunisten unterminiert.

Diese Zersplitterung der Bauernparteien hielt sich zunächst auch nach dem Kriege. Während die sogen. "Bauernpartei", geführt von Stanislaw MIKOLAJCZYK ihre Unabhängigkeit bewahren. Bald wurde die "Polnische Bauernpartei" jedoch führerlos (die Leitungen gingen ins Exil, und sie wurde gezwungen, sich mit ihrer Konkurrentin zu verschmelzen. Auf diese Weise entstand die heutige "Vereinigte Bauernpartei".

Die Bauern entzogen diesem Neugebilde ihr Vertrauen, als sich in der stalinistischen Periode zeigte, daß es sich hier um den verlängerten Arm der Kommunisten handelte. Nach dem Oktober 1956 hat sich dieses Bild ein wenig geändert. Die Leitung der Partei besteht zwar weiter aus folgsamen Befehlsempfängern des Regimes, aber in den mittleren und niedrigeren Instanzen der Partei haben sich viele frühere Anhänger MIKOLAJCZYKS stark gemacht. Sie üben auf die Parteileitung einen Druck aus, dem diese sich nicht immer entziehen kann, wenn sie nicht vollständig ihr Gesicht vor den Bauern verlieren will. Auch den jetzigen Führern der Partei würde eine größere Unabhängigkeit von den Kommunisten mehr zusagen, weil das ihren persönlichen Ambitionen (und diese waren bei den Bauernpolitikern immer sehr stark ausgeprägt) einen größeren Spielraum geben würde.

Die Parteiorganisation hat einen beachtlichen Stand erreicht. Sie verfügt über 280.000 eingetragene Mitglieder (in den letzten 2 Jahren vergrößerte sich ihre Zahl jährlich um 10 Prozent), die auf über 136.000 Dorfzirkel

verteilt sind. Die Zahl der PZPR-Mitglieder liegt fast fünf Mal so hoch, aber fast 90 % der kommunistischen Parteibuch-Besitzer leben in der Stadt. Auf dem Lande ist die kommunistische Parteiorganisation immer noch sehr schwach und kann, rein summarisch gesehen, mit der Bauernpartei nicht konkurrieren.

In einem zentralistisch regierten und verwalteten Lande waren die Bauern zur Einflußlosigkeit verurteilt. Die weitgehende Dezentralisierung der Verwaltung, die Erweiterung der Machtbefugnisse von örtlichen Volksräten gibt den Bauernpolitikern eine erste Chance, mehr als bisher die wirtschaftliche und kulturelle (z.T. sogar die politische) Entwicklung des Landes zu beeinflussen. Diese Chance wollen ehrgeizige Bauernfunktionäre wahrnehmen. Sie setzten sich in der letzten Zeit sehr stark für eine neue Verwaltungsreform ein. Diese Tendenzen waren auch deutlich während der letzten Vorstandssitzungen der Partei (die Mitte Dezember in Warschau stattfanden) spürbar.

II. WIRTSCHAFT

1) Staatshaushalt 1962

Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen bewilligte der Sejm den neuen Staatshaushalt für das Jahr 1962. Nach dem Haushaltsgesetz sollen die Einnahmen ca. 250 Milliarden Zloty betragen und um fast 3,5 Milliarden höher liegen, als die Ausgaben. Detaillierte Angaben über einzelne Positionen des Etats wurde auch in diesem Jahr nicht gemacht. Bemerkenswert ist, daß die Verteidigungsausgaben vergrößert wurden, damit die "Streitkräfte eine modernere Ausrüstung bekommen, die ihre Verteidigungsstärke hebt und sie den Erfordernissen der modernen Taktik anpaßt. Die letzte Lehre der Geschichte war uns zu teuer, und wir dürfen das bis zum Augenblick der allgemeinen und vollständigen Abrüstung nicht vergessen."

Auf diese Weise soll Polen seinen, von GOMULKA angekündigten "verstärkten Beitrag zur Hebung der militärischen Stärke des sozialistischen Lagers" leisten. Ob und inwiefern sich diese gesteigerten Rüstungsaufgaben auf die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes auswirken werden, ist schwer zu sagen, da man nicht weiß, wie hoch diese Steigerung ist. Bis jetzt ist diese Faktor nach außen hin kaum spürbar.

Gleichzeitig mit dem Staatshaushalt beriet das Parlament den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres wurden vom Finanzminister Jerzy ALBRECHT als günstig, zum Teil sogar sehr günstig bezeichnet. Die Landwirtschaft hätte auf manchen Gebieten die Planziele des Jahres 1965 erreicht. Das verdankte sie einer außergewöhnlich günstigen Ernte, die nicht alle Jahre kommt. Darum ist man bei der Planung für das Jahr 1962 vorsichtig und sieht eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um nur 1,2 % vor. Sie soll noch dazu durch die erweiterte Viehzucht und nicht auf dem Gebiete der pflanzlichen Produktion erreicht werden.

Auch die Industrie übererfüllte 1961 ihr Plansoll. Die Produktion dieses Wirtschaftszweiges soll sich im Jahre 1962 um 8,4 % steigern. Man erwartet aber, daß die wirkliche Zuwachsrate der industriellen Produktion etwas höher liegen wird und die 10-Prozent-Grenze erreicht. Der Wert dieser Produktion soll fast 580 Milliarden Zloty ausmachen.

Die Investitionsauflagen werden um 9,6 % höher sein als im Vorjahre und fast 120 Milliarden Zloty betragen. Von dieser Summe bekommt die Industrie ca. 50, die Landwirtschaft ca. 15, das Verkehrs- und Verbindungswesen ca. 13 Milliarden Zloty.

Es sollen ca. 323.000 Wohnräume gebaut und fertiggestellt werden, das bedeutet ca. 18.000 mehr als im Vorjahre. Diese Steigerung ist minimal und man weiß, daß hier Gelder eingespart werden, die man für produktive Investitionen dringend braucht. Es muß hier daran erinnert werden, daß die Bevölkerung Polens sich jährlich um eine halbe Million vergrößert. Darum ist der jetzige Stand des Wohnungsbaues völlig unbefriedigend.

Im Außenhandel wird der Export die Höhe ca. 1,7 Milliarden Dollar erreichen und um fast 9 % höher liegen als im Vorjahre. Der Import soll nur um 3,6 % größer werden, aber trotzdem mit ca. 1,8 Milliarden Dollar noch die Ausfuhr übertreffen. Im Handel mit nicht-sozialistischen Ländern will man ein Plus-Saldo erreichen, hauptsächlich durch die Intensivierung des Warenaustausches mit unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas. Die Verschuldung gegenüber den kommunistischen Nachbarn wird voraussichtlich wachsen, auch wenn man berücksichtigt, daß Polen für sie ein Transitland ist und so gewisse Deviseneinnahmen hat.

2) Unbefriedigende Zusammenarbeit

Einer der führenden polnischen Volkswirtschaftler, Oskar LANGE, befaßte sich in einem von der Zeitung "Polityka" (Vom 2. Dezember) abgedruckten Artikel mit einigen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen. Er beklagte die hemmende Rolle des Traditionalismus in den Arbeitsmethoden der sozialistischen Gesellschaft und verstieg sich zu einer aufsehenerregenden Behauptung:

"Das Gebiet, auf dem der Traditionalismus sich besonders stark und gleichzeitig hemmend auswirkt, liegt bei den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. Es ist schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten immer um die traditionellen Begriffe und Praktiken kreist. Hier muß frische Luft hereingelassen werden. Der Sozialismus als Weltsystem würde dadurch gewinnen."

Die Feststellung LANGEs kommt gewiß nicht überraschend für diejenigen westlichen Kreise, die die Entwicklung seit Jahren beobachten. Für die Öffentlichkeit des Ostblocks kommt sie allerdings überraschend.

Die Diskussion, die sich nach dem XXII. Parteitag in Polen entwickelt hat, drehte sich hauptsächlich um die Fragen der wissenschaftlichen Freiheit. Sie wurde in den Wochenzeitschriften geführt, die einen nicht so breiten Wirkungsbereich haben, wie die Tagespresse. In einigen Fällen schaltete sich in diese Diskussion auch die angesehenere Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" ein. So geschah es auch im obenerwähnten Falle. Das Blatt berief sich am 12. Dezember auf den Artikel LANGEs und stellte von sich aus die Frage:

"Können wir mit dem jetzigen Stand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zufrieden sein?"

Die Antwort lautete: "Gewiß, nein."

Die Gründe für so entschiedene Ablehnung der aktuellen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Ostblockstaaten werden nicht deutlich angegeben. "Zycie Warszawy" betont aber, daß die Koordinierung der Planung im Rahmen des KOMEKON die Tatsache berücksichtigt, daß die Mitglieder dieser Organisation souveräne Staaten sind, die ihre Wirtschaft ihrem eigenem Willen gemäß gestalten.

"Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten erfolgt durch freiwillig vorgenommene Abmachungen zwischen ihnen. Alle unsere Länder leben in dem gleichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System des Sozialismus, was die Voraussetzungen für eine allseitige Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis ermöglicht..."

Der Rat für Wirtschaftliche Zusammenarbeit trägt zu einer wirtschaftlichen Verbindung der freien, souveränen Völker bei..."

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der "kapitalistischen" Staaten wird in dem Artikel der Rolle des KOMEKON entgegengestellt. Bei den Kapitalisten wolle einer den anderen übervorteilen, die Schwächen des anderen ausnützen, um sich auf seine Kosten zu bereichern, usw.

Man kann den Verdacht nicht loswerden, daß diese Verurteilung, sowie auch die häufige Betonung der "Freiwilligkeit" der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostblock, eine Anspielung gerade auf die Schwächen im eigenen Lager ist.

Seit langem ist bekannt, daß Warschau z.B. mit gewissen Praktiken seiner tschechoslowakischen Nachbarn nicht zufrieden ist. Man beschuldigt an der Weichsel das "tschechische Brudervolk", daß es bei seiner wirtschaftlichen Expansion auf die Märkte der unterentwickelten Länder seine polnischen Nachbarn wie Konkurrenten und Rivalen behandelt und sie dort zu verdrängen sucht. Wenn die Tschechen den Polen Kredithilfe leisteten, sagt man in Warschau, wollten sie sich dabei durch Bedingungen gleich in einer Weise Vorteile sichern, wie es auch Kapitalisten nicht anders machen würden.

Die Verteilung der Rollen im Rahmen des KOMEKON erfolgr oft nach mechanische Prinzipien, diejenigen, die sie bestimmen (also die Sowjets), denken in erster Linie an eigene Interessen.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Differenzen der Prozeß der wirtschaftlichen Integration des Ostblocks unter den einzelnen Mitgliedsstaaten hervorrufen muß. Daß solche Differenzen jetzt in der Öffentlichkeit ange- deutet werden, ist neu.

III. VARIA

1) Kritik - gesetzlich geschützt

Einer der bekannten Warschauer Juristen, Jerzy SAWICKI, beschäftigt sich in "Trybuna Ludu" (vom 31. Dezember) mit den Fragen der Kritik im kommunistischen Staate. Am Beginn seiner Ausführungen macht SAWICKI folgende, grundsätzliche Feststellung:

"Das sozialistische System muß die Freiheit der Kritik als ein fundamentales Recht anerkennen, weil ohne eine gut funktionierende gesellschaftliche Kontrolle ein solcher Staat sich nicht normal entwickeln kann."

Mit diesem Problem hat man sich seit Jahren unaufhörlich befaßt, meint SAWICKI, und doch fehlt es an institutionellen, gesetzlichen Garantien, durch welche die Rechte der Kritiker gesichert und gleichzeitig der Mißbrauch der Kritik erschwert würde.

SAWICKI versucht zu erklären, warum man anfänglich diese institutionelle Garantien nicht hätte schaffen können:

"In der ersten nachrevolutionären Periode hätte die Kritik tatsächlich nicht nur die Autorität der Repräsentanten des Staates herabsetzen, sondern sogar die Grundlagen des Staates erschüttern können..."

In der Periode, die wir als Zeit des Personenkultes bezeichnen, war es ebenfalls schwer, eine institutionelle, gesetzliche Garantie für die Kritik zu schaffen. Die Kritik durfte ungehindert wie eine Lawine nach unten rollen, wenn sie sich dagegen nach oben richten wollte, reichte sie höchstens an eine bestimmte, nicht allzuhohe Schwelle. Ein großer Teil dieser Kritik von unten nahm die kamuflierte Flüsterform an."

Und wie sieht es heute aus? Das Problem sei weiterhin nicht gelöst. Man spüre deutlich die Tendenz, Kritik als "vorzeitig", noch nicht "zeitgemäß" abzufertigen. Schließlich harten vor dem sozialistischen Staate noch viele äußerst wichtige, unerledigte Probleme.

SAWICKI glaubt aber, daß das Verlangen nach Garantien für die freie Ausübung des Rechtes auf Kritik durchaus zeitgemäß ist. Diese Garantien sollen sowohl kritikfördernd (dort wo es angebracht ist) als auch kritikdämpfend wirken (dort, wo diese Schaden anrichten könnte). Das letzte ist nach Meinung SAWICKIs ebenfalls sehr wichtig. Er begründet es folgendermaßen:

"Gewisse anarchistische Elemente, die tief im nationalen Unterbewußtsein stecken und in der Haltung mancher Kritiker in besonders gefährlichen Augenblicken zum Vorschein kamen, vergrößern die Gefahr, die aus der gesetzlich garantierten Kritikfreiheit entstehen kann."

2) Einsicht

Die offiziöse Zeitschrift "Polityka" vom 2. 12. 1961 veröffentlichte einen Artikel über "Personenkult und internationale Arbeiterbewegung". Aus ihm entnehmen wir folgendes Zitat:

"Stalin war der geistige Vater der Theorie des Sozialfaschismus, die viele Schädeln - besonders auch den kommunistischen Parteien selbst - zugefügt hat."

"Es ist nicht notwendig zu erklären, was die internationale Sozialdemokratie war und ist und wohin die von ihren rechtsstehenden Führern beharrlich verfolgte Politik der Kolaboration mit der Bourgeoisie führte. Aber die Haltung, die in den oben zitierten Formulierungen (es handelt sich um Zitate aus Reden Stalins) ihren Ausdruck fand, machte es vielen kommunistischen Parteien in kapitalistischen Ländern unmöglich, sich in wirkliche revolutionäre Massenparteien umzuwandeln und isolierte sie von den breiten Schichten der Bevölkerung."